



Ausgabe: 03 / März 2010 • Herausgeberin: Hanka Kliese, MdL
Texte: Sabine Sieble, Diana Richter, Sarah John, Hanka Kliese • Gestaltung: Lysann Neméth

Liebe Leserinnen und Leser,

Der März bot uns eine Menge aktionsreicher Tage: Friedenstag, Frauentag und das erste Jubiläum der UN-Behindertenrechtskonvention markierten die Höhepunkte des Monats, wobei die ersten beiden Ereignisse noch bei frostigen Temperaturen begangen werden mussten. Für das Bündnis „Chemnitz für ALLE“, das sich mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserer Stadt befasst, war die offene und lebendige Veranstaltung am 26. März im Kulturkaufhaus „DAStietz“ Erfolg und Lohn für langwierige organisatorische Mühen zugleich. Im parlamentarischen Betrieb standen vor allem die Kürzungen der Staatsregierung im Jugend- und Sozialbereich im Mittelpunkt des Geschehens. Hier nahm die SPD mit einem Antrag gegen die Kürzungen deutlich Stellung, konnte damit aber entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Sächsischen Landtag keine Rettung für die zahlreichen betroffenen Einrichtungen sein.

Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht

Hanka Kliese



Bündnis „Chemnitz für ALLE“ überreicht Resolution an Oberbürgermeisterin zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Chemnitz

Am 3. Dezember 2009 war von Hanka Kliese anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit der Behinderenbeauftragten der Stadt, Petra Liebetrau, dem Vorsitzenden des Behindertenbeirates Klaus Möbius, Antje Möbius (VdK) und Julia Wunsch von der „Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben Gemeinsam Lernen“ das Bündnis „Chemnitz für ALLE“ ins Leben gerufen worden. Ziel des Bündnisses ist eine zügige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Stadt Chemnitz in allen Bereichen des Lebens. Pünktlich zum ersten Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Konvention, am 26. März 2010, übergab Klaus Möbius stellvertretend für das Bündnis der Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig eine Resolution, in der wesentliche Forderungen zur Umsetzung der Konvention enthalten sind. Der Resolution schlossen sich zahlreiche Träger und Vereine der Behindertenhilfe an, u.a. die Lebenshilfe Sachsen, der ASB Ortsverband Chemnitz, der Verein zur Integration psychosozial behinderter Menschen Chemnitz e.V. und das Haus der Begegnung / Ragh e.V. Die Übergabe fand in einer offenen und belebten Atmosphäre im Erdgeschoss des Kulturkaufhauses „DAStietz“ statt und wurde kulturell begleitet durch den bekannten Chor „Kaleidoskop“ des SFZ Förderzentrums für Blinde und Sehbehinderte sowie einer humorvollen Pantomimedarstellung des Gehörlosenzentrums. Zum Abschluss der Veranstaltung brachte Petra Liebetrau im Dialog mit dem Moderator Karl Friedrich Schmerer (Geschäftsführer der Heim gGmbH) auf den Punkt, was neben der wichtigen inhaltlichen Schwerpunktsetzung für die zahlreichen TeilnehmerInnen der Veranstaltung wesentlich war: „Wir haben einen richtig schönen Nachmittag verbracht.“



Übergabe der Resolution „Chemnitz für ALLE“ an Barbara Ludwig durch den Vorsitzenden des Behindertenbeirates der Stadt Chemnitz, Klaus Möbius



Mittelkürzungen im Jugend- und Sozialbereich ruft Protest bei tausenden BürgerInnen hervor

Ministerpräsident Stanislaw Tillich enthüllte unlängst ein Großbanner vor dem sächsischen Landtag. „Hier bestimmen Sie“ steht darauf geschrieben. Die Differenz zwischen Wiedervereinigungsrhetorik und Realität trat deutlich hervor, als 4000 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Sachsen am 10. März vor dem Landtagsgebäude gegen die Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich protestierten. Von den Mitgliedern der Staatsregierung ging keine Bereitschaft aus, sich mit dieser Willensbekundung direkt auseinander zu setzen. Ein Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE, mit dem die Mittelkürzungen verhindert werden sollten, wurde in namentlicher Abstimmung auch von den Chemnitzer Abgeordneten der Regierungsfractionen abgelehnt. Somit ist der Weg frei für fundamentale Einschnitte im Bereich der Jugendpauschale, Suchtkrankenhilfe, FSJ, Behindertenhilfe und Gleichstellungsarbeit. Letztere ist mit einer Kürzung von 80 Prozent des Gesamtetats betroffen, wobei hier kaum noch von Kürzung, sondern von einer gesamten Streichung zahlreicher Projekte die Rede sein muss. Mit ihrem Kahlschlag, von dem unter anderem Ehrenamtliche, Wohlfahrtsverbände und sozial Benachteiligte betroffen sein werden, erweist die Staatsregierung – welche nicht müde ist, sich dieser Tage für die Errungenschaften der friedlichen Revolution zu feiern – der demokratischen Kultur in unserem Land einen Bärendienst.



Protestaktion von Vereinen und Verbänden, die von den Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich betroffen sind, am 10. März vor dem Sächsischen Landtag



Arbeitskreis der Landtagsfraktion prüft Bedingungen für StudentInnen mit Behinderung an der Uni Leipzig

Am 25. März 2010 traf sich der SPD-Arbeitskreis „Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien“ in Leipzig, um sich den beiden Themen Studieren mit Behinderung und Studieren mit Kind zu widmen. In einem ersten offenen Gespräch waren neben der Sozialreferentin der Uni Leipzig und dem Vorsitzenden der Juso-Hochschulgruppe auch Andy Wiedemann und sein Begleiter anwesend. Andy Wiedemann ist seit seinem 16. Lebensjahr blind und investiert viel Zeit und Kraft in das Projekt, die Universität behindertengerecht(er) und barrierefrei(er) zu gestalten. Dazu zählt beispielsweise die digitale Erfassung der zum Studieren notwendigen Literatur. Außerdem schilderte er die Problematik der baulichen Barrierefreiheit, die trotz des millionenschweren Umbaus des Neuen Campus und wegen mangelnder Einbeziehung der Betroffenen weiterhin besteht. So fehlen z.B. Leitlinien, die blinden Studierenden die Orientierung auf dem Campus erleichtern. Barrierefreie Zugänge sind, laut Sozialreferentin, sogar für sehende Studenten schwer zu finden, nur mit einem rechtzeitig beantragten Transponder zu öffnen und meist mit Fahrrädern versperrt. Wie schwierig die Orientierung für sehbehinderte Studierende ist, versuchte der Arbeitskreis mit Hilfe von sichteinschränkenden Brillen und Augenverdunkelungen nachzuvollziehen. Im anschließenden Pressegespräch stellte Hanka Kliese die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen vor und versuchte deutlich zu machen, dass sich ein Paradigmenwechsel in der Gesellschaft vollziehen muss: Behinderung darf nicht mehr als Mangel angesehen werden, den es auszugleichen gilt, sondern als „Quell der kulturellen Bereicherung“. Deshalb müsse man auch weggehen vom Integrationsansatz, bei dem sich der Mensch dem Umfeld anpassen soll, hin zum Ansatz der Inklusion, bei dem das Umfeld von Anfang an eine vollständige Teilhabe der Menschen mit Behinderung am Leben ermöglicht. Später sprachen in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Kind und Campus“ VertreterInnen der Universität, der Stadt und des Vereins Studentischer Eltern. Gemeinsam mit dem Publikum wurde diskutiert, welche Maßnahmen die Universität treffen kann, muss oder sollte; so beispielsweise der weitere Ausbau von Kindergärten an der Universität oder die Einrichtung eines FamilienServiceZentrums. Da derzeit, insbesondere auch einhergehend mit der Bachelor-Reform, für studentische Eltern noch viele Probleme auftauchen, formulierte der Verein Studentischer Eltern einen Forderungskatalog an Landes- und Bundesregierung, der die Weiterentwicklung des BAföGs, die Forderung nach hochschulnaher Kinderbetreuung, flexible Studienzeiten, Teilzeitstudien u.v.m. thematisiert. Quintessenz unter den anwesenden Eltern war der Wunsch, nicht mehr als Bittsteller auftreten zu müssen, sondern aktiv von Uni und Stadt unterstützt zu werden.



Hanka Kliese (li) und Norina Gneist (re) testen mit Augenverdunkelungen und sichteinschränkenden Brillen, ob die Leipziger Innenstadt für sehbehinderte Menschen barrierefrei ist. Ein Trainer für Sehbehinderte unterstützt die beiden.



Tagung zum Thema „Kinderarmut“

Am 24. Februar 2010 organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Chemnitz eine Fachtagung zum Thema Kinderarmut. Im Podium saßen mit Hanka Kliese, Holger Pethke (Jugendamtsleiter), Karin Lohr (Kinderbeauftragte Chemnitz), Hardy Kuschel (Netzwerk Arbeit und Soziales) und Sarah Koch (Lokales Bündnis für Familien in Chemnitz) VertreterInnen aus der Kommunal- und Landespolitik. Hanka Kliese zeigte in ihrem Vortrag „Welche Zukunft garantiert der Freistaat Sachsen seinen Kindern?“ auf, welche Gesetze oder Initiativen Kinderarmut entgegensteuern. Sie betonte von Beginn an, dass Kinderarmut nicht nur ein Phänomen in so genannten Hartz IV-Familien ist, und sich die Diskussion deshalb nicht allein auf eine ALG II-Erhöhung beschränken dürfe. Größtes Armutsrisiko ist und bleibt mangelnde Bildung und darauf müsse die Politik Einfluss nehmen.

Das Fazit der Veranstaltung war: Maßnahmen der Regierungskoalition klingen gut, kommen aber meist nicht den tatsächlich bedürftigen Kindern und Jugendlichen zugute wie das Beispiel des noch unter der CDU-SPD-Regierung eingeführten kostenlosen Vorschuljahres zeigt. Dieses Geld hätte besser in die Absenkung des Betreuungsschlüssels investiert werden sollen. Der gesetzlich festgelegte Betreuungsschlüssel von einer ErzieherIn auf 13 Kinder im Kindergarten wird dem Bildungsauftrag nicht gerecht. Individualität und Bildung bleiben so auf der Strecke. Ein weiteres Beispiel ist das Versprechen der Koalition, sich für freien Eintritt der Kinder- und Jugendlichen in staatliche Museen einzusetzen. Nur wenige Kinder aus ärmeren Familien nutzen solche Angebote. Das Ziel, dadurch mehr Kinder in die Museen zu locken, ist somit weit verfehlt. Vielmehr sollten Museen Gelder für Pädagogisches Personal zur Verfügung gestellt bekommen, damit Geschichte, Kunst und Archäologie kindgerecht vermittelt werden können.



Kinderbeauftragte der Stadt Chemnitz, Karin Lohr, und Hanka Kliese auf der Tagung



Seminar: „Sächsische Parlamente im Fokus der extremen Rechten – eine Herausforderung für demokratische Akteure in Politik und Verwaltung“

In Kooperation mit Endstation.RECHTS fand am 19. und 20. März 2010 das Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Rechtsextremismus in sächsischen Parlamenten statt. Als Einstieg lieferte Oliver Pape, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Fraktion, eine Problemanalyse des Wirkens der NPD im sächsischen Landtag. Neben einem Rückblick auf das Verhalten der NPD in der vergangenen Legislaturperiode zeigte er die von der NPD verfolgten Themen auf und benannte die Probleme, die im Umgang mit ihr für demokratische Akteure entstehen. Im Anschluss erläuterte Petra Schickert vom Kulturbüro Sachsen e.V. die programmatischen Parallelen zwischen NPD und NSDAP. Sie machte darauf aufmerksam, dass man sich bewusst sein müsse, dass Mitglieder der NPD, auch wenn sie sich auf kommunaler Ebene nicht zwangsläufig rechtsextrem äußern, immer das Programm der Partei unterstützen und somit rechtsextrem sind. Auf dem Podium sprachen neben Hanka Kliese und den zwei bereits genannten Johannes Fischer, stellvertretender Chefredakteur der Freien Presse Chemnitz, und Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane. Die Podiumsgäste diskutierten darüber, wie die NPD in den unterschiedlichen Parlamenten auftritt, welche Mittel und Wege den einzelnen Akteuren in der Auseinandersetzung mit den extremen Rechten zur Verfügung stehen und worauf in dieser Auseinandersetzung der Schwerpunkt gesetzt werden müsse (z.B. objektive Berichterstattung der Freien Presse oder Projekte gegen Rechts im Kulturbüro). Am darauffolgenden Workshop-Tag analysierten die SeminarteilnehmerInnen schließlich die Argumentationsstrategien der extremen Rechten in Texten und entwickelten mögliche Gegenargumentationen. Außerdem betrachteten die TeilnehmerInnen anhand von Anträgen, wie Rechtsextreme in Parlamenten agieren und wie die demokratischen Parteien darauf reagieren können und müssen. Fazit der Veranstaltung: nicht nur die VertreterInnen einer Partei stehen in der Verantwortung, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, sondern alle BürgerInnen sind Teil der Demokratie und müssen deshalb dazu bereit sein, sich für diese auch einzusetzen.



Bürgermeister der Stadt Meerane, Prof. Dr. Lothar Ungerer, und Hanka Kliese im Podium



Chemnitzer Friedenstag am 5. März 2010

Der Chemnitzer Friedenstag am 5. März wurde an verschiedenen Plätzen der Stadt begangen. Mit unserem Stand des Projektes „Endstation.RECHTS“ waren wir bei klirrender Kälte gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Mitte gegen Rechts“, der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes und Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und VertreterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Rosenplatz präsent. Am Nachmittag versammelten sich 2500 ChemnitzerInnen zu einer Kundgebung gegen Rechtsextremismus, Krieg und Menschenverachtung auf dem Opernplatz, zu der u.a. die Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter und der Generalintendant der Theater Chemnitz, Dr. Bernhard Helmich, sprachen und die „Yankele-Kapelle“ für musikalische Unterhaltung sorgte. Dem vorab veröffentlichten Aufruf „Kein Platz für Nazis“ folgten zahlreiche prominente ChemnitzerInnen sowie viele Initiativen und Vereine und Privatpersonen. Die Organisation der Veranstaltung auf dem Opernplatz wurde maßgeblich von sozialdemokratischer Seite – etwa durch André Horvath und viele freiwillige Ordner – mitgetragen. So leistete die Chemnitzer SPD einen guten Beitrag zum Gelingen eines wichtigen Tages für Chemnitz.



Hanka Kliese am Endstation Rechts- Informationsstand am Rosenplatz

**Diskussionsveranstaltung „Was wären die Welt ohne sie? - Frauen in Politik und Gesellschaft“ in Plauen**

„Frauen in der Politik“ hieß das Motto der Vogtländer Jusos zum diesjährigen Internationalen Frauentag. Im Mittelpunkt standen dabei Hanka Kliese und Juliane Pfeil. Beide begannen in jungen Jahren, sich politisch bei den Jusos zu engagieren und fanden wenig später den Weg in die SPD. Seit 2009 ist Hanka Kliese Mitglied des Sächsischen Landtages und Juliane Pfeil Stadträtin in Plauen. Diskutiert wurde an diesem Abend geschlechtergerechte Sprache, die Quote, Gleichstellungspolitik und Frauen in der Männerdomäne Politik. Dabei wurde deutlich, dass man als junge Frau in der SPD zwar stets mit offenen Armen empfangen wird, aber auch schnell zur Multifunktionärin gemacht werden kann, was die Freude am politischen Engagement schnell trübt. Beim Thema geschlechtergerechte Sprache sagte Hanka Kliese, dass sie selbst am liebsten sowohl die männliche als auch die weibliche Form oder aber das Binnen-I verende. Andere Schreibweisen wie das oft verwendete „_innen“ lehnt sie nicht aus ideologischen, sondern aus schreibästhetischen Gründen ab. Die Quote bei Gremienwahlen und Listenaufstellungen sieht sie als weiterhin notwendig an. Gerade was die Zusammensetzung von Parlamenten angeht, sollten Frauen dort ausreichend vertreten sein. Denn Parlamente sollen nicht die Mitgliedschaften der Parteien widerspiegeln, sondern die Gesamtheit der Bevölkerung. Insgesamt sieht sie in der Gleichstellung einen zähen Prozess des gesellschaftlichen Umdenkens, der noch lange nicht abgeschlossen ist.



V.I.n.r.: Sebastian Dietzsch, Juliane Pfeil, Anthony, Hanka Kliese

**Veranstaltungen und Termine**

- 14. April „Frauen bewegen“ – Prof. Alfons Söllner spricht im Rahmen einer ASF-Veranstaltung über Hannah Arendt
- 16. April Tagung des Fachausschuss „Tourismuspolitik“ des Landestourismusverbandes
- 20. April Hospitation von Hanka Kliese an der Janusz-Korczak-Schule für geistig Behinderte
- 24. April Gründungsveranstaltung des Arbeitskreises Sport in Dresden
- 30. April Bürgersprechtag
- 5. Mai Europäischer Tag der Menschen mit Behinderung
- 6. Mai „Eine Hochschule für ALLE“
Fachtagung der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) in Berlin
- 27. Mai AG Inklusion in Sachsen
- 27. Mai „Ausbildungsperspektiven für Jugendliche mit Behinderung“
Veranstaltung von Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderung in der SPD in Leipzig

